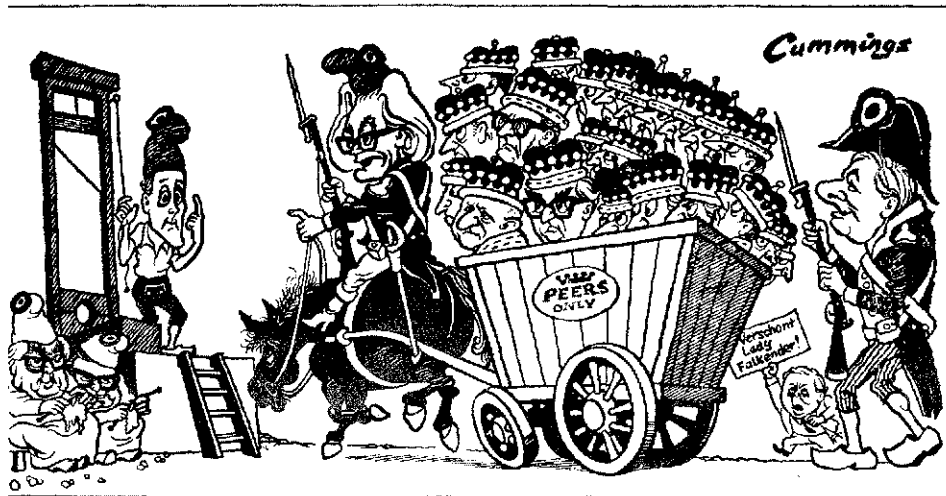




Daily Express

„Diese Show wird alle von unserem Schlamassel ablenken und die Arbeitslosen fröhlicher machen!“

Fünftel des Verstaatlichungs-Projekts wären dann Gesetz geworden.

Der Anlaß für die Konfrontation war also nichtig. Er beweist, daß der Konflikt bewußt herbeigeführt wurde — von der ideologisch aufgeladenen Labour-Linken, als Vorwand zur Abschaffung des Oberhauses.

Die Vorreiter des Angriffs sind dieselben alten Kämpen, die den Lords schon einmal, 1968, an die Kragen wollten: Anthony Wedgwood-Benn, der seinen Titel Viscount Stansgate 1963 ablegte, um ins Unterhaus einzziehen zu können, und Michael Foot, dessen Verachtung für die Stände-Vertreter geradezu sprichwörtlich ist.

Mit ihrem gegenwärtigen Versuch, die Lords ins Unrecht zu setzen, dem zweiten Versuch seit 1968, haben die Gegner des „House of Loafers“ (Haus der Faulenzer, wie die Baroneß Ravensdale ihre Standesgenossen einmal nannte) eines erreicht: eine öffentliche Debatte darüber, ob es noch tragbar ist, daß eine ungewählte zweite Kammer den Willen der gewählten Volksvertreter beeinträchtigen darf.

In der Tat mutet Englands Oberhaus anachronistisch an — selbst für britische Verhältnisse. Es ist über 1000 Jahre alt und die größte Zweite Kammer der Welt (über 1100 Mitglieder). 110 Lords haben allerdings noch kein Stimmrecht, sie sind minderjährige Titel-Erben.

Das House of Lords ist höchstes Appellationsgericht des Vereinigten Königreiches, seine Mitglieder haben, noch immer und im Unterschied zu den gewählten Volksvertretern, ein verbrieftes Recht auf ungehinderten, individuellen Zutritt zur Königin. Es ist außerdem das Parlament mit dem niedrigsten Quorum der Welt — beschlußfähig, wenn drei Lords zugegen sind.

Anachronistisch freilich auch mutet an, daß ein Verfassungsorgan die Abschaffung eines anderen beschließen kann — so unmodern das andere ist.

Die Gegner des Relikts aus nobler Zeit, meist Befürworter einer gewählten Zweiten Kammer, verfügen also über gute Argumente für ihren neuerlichen Vorstoß. Doch vor allem zwei Einwände werden das Oberhaus vorerst noch überleben lassen.

Einerseits bestehen unterschiedliche Vorstellungen darüber, was an seine Stelle treten soll. Vor allem aber: Seit Einführung der Peerage auf Lebenszeit 1958 freuen sich betagte und verdiente Mitglieder des Unterhauses, Gewerkschafter, Bierbrauer, Künstler, Professoren, Generäle und Bankiers auf ihre Erhebung zum Lord und die gemütliche Debattier-Runde für den Lebensabend — mit Hermelin-Mantel und Brimborium.

Sollten sich aber die „Abolitionisten“ dennoch durchsetzen oder diesmal auf totale Entmachtung einigen, dann müßten die Lords dieses wie jedes andere Gesetz nach hinhaltendem Widerstand passieren lassen — getreu nach jenem Motto, das einer der Ihren, Lord Souton, bei früheren Gelegenheiten zitierte: „Ist die Vergewaltigung erst unvermeidbar geworden — dann soll man sich entspannen und genießen.“

WIRTSCHAFTSTHEORIE

Für dumm verkaufen

Mit einer neuen Theorie haben drei US-Ökonomen einen heftigen Wissenschaftlerstreit entfacht. Nach den Analysen des Trios richtet eine systematische Wirtschaftspolitik nur Unheil an.

Für Wirtschaftsprofessor Neil Wallace von der University of Minnesota sind erfolgreiche Konjunkturpolitiker keine Könner, sondern nur Glücksspieler, die beim Krisenroulett gewonnen haben.

Nach Meinung des US-Ökonomen gelingt es den Krisenmanagern in Re-

gierung und Notenbank nämlich nur dann, Boom oder Baisse durch finanz- und geldpolitisches Gegensteuern zu dämpfen, wenn die antizyklischen Maßnahmen „die Leute überraschen, und das“, so Wallace, „ist keine Politik, das ist Würfelspiel“.

Bei systematischer Anwendung des Rezeptes, zyklische Konjunkturausschläge durch Variation der Staatsausgaben, Steuersätze und Geldmenge zu glätten, versagt laut Wallace die Wirkung der staatlich verabreichten Aufputsch- oder Beruhigungsmittel. Denn in Erwartung der Eingriffe haben Unternehmer, Gewerkschaften und Verbraucher ihr Verhalten so geändert, daß die antizyklische Politik die Konjunkturschwankungen nur verschärft.

Die beste Stabilitätspolitik, folgert Wallace gemeinsam mit seinen akademischen Kollegen Thomas J. Sargent von der University of Minnesota und Robert E. Lucas jr. von der University of Chicago, ist daher, nichts zu tun. Die Staatshaushalte sind auszugleichen, und das Wachstum der Geldmenge ist konstant zu halten.

Mit ihrer scharfen Kritik an den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Regeln sind die drei Theoretiker nicht die ersten, die sich gegen die von dem Briten John M. Keynes erdachte und von seinen Schülern verfeinerte Gebrauchsanweisung für konjunkturstabilisierende Instrumente wenden.

So hatten die von dem Nobelpreis-Ökonomen Milton Friedman angeführten traditionellen Gegner keynesianischer Politik beispielsweise räsoniert,



US-Ökonom Wallace
„Das ist Würfelspiel“

die Politiker seien nicht in der Lage, zur rechten Zeit das Richtige zu tun, weil der Konjunkturverlauf nur schwer vorhersehbar sei. Außerdem würden sie zu sehr nach den Wählern spielen, um in Boomphasen unpopuläre Bremsmaßnahmen durchzudrücken.

Lucas, Sargent und Wallace nun lehnen die herkömmliche Wirtschaftspoli-

tik aufgrund von Beobachtungen und Überlegungen ab, die sie zu einer Theorie der „rationalen Erwartungen“ zusammenfaßten. Nach dieser Theorie verpufft ein lang erwarteter Kurswechsel der Regierung ohne jede Wirkung auf Produktion und Beschäftigung, weil Verbraucher und Investoren den vorhersehbaren Wandel in ihren Plänen längst berücksichtigt haben — so wie sich der Kurs einer Aktie nicht ändert, wenn die Geschäftsführung eines Unternehmens etwas bekanntgibt, was alle Aktionäre ohnehin schon wußten.

Nur ein unerwarteter Staatseingriff, so die Analyse der drei Wissenschaftler, beeinflußt das Verhalten der Bürger noch — ebenso wie der Preis einer Aktie allein auf Grund neuer Informationen fällt oder klettert. So mag etwa ein Instrument sehr gut greifen, wenn es — wie etwa Kennedys starke Steuer-senkung 1964 in den USA oder Schillers Ausgabenschub drei Jahre später in der Bundesrepublik — zum erstenmal angewendet wird.

Auch im Wiederholungsfall gelingt das Konjunkturmanöver vielleicht noch. Spätestens dann aber haben nach Ansicht der Erwartungs-Theoretiker Unternehmer und Gewerkschaften begriffen, daß die Regierung im Abschwing stets zur Konjunkturspritze greift.

Die Geschäftsleute zögern geplante Investitionen im Vertrauen auf baldige Staatshilfen hinaus; die Gewerkschaften dämpfen ihre Forderungen auch während der Talfahrt nicht. Alle reagieren so, daß sich Arbeitslosigkeit und Inflation noch verstärken.

Nicht allein Wirkungen auf das Preisniveau, sondern auch auf reale Größen erzielt eine antizyklische Politik laut Lucas, Wallace und Sargent daher nur, wenn die Öffentlichkeit ständig einen anderen Kurs erwartet, als Regierung und Notenbank tatsächlich einschlagen — wenn die Leute also zu dumm oder die Wirtschaftspolitiker trickreich sind.

Beide Möglichkeiten scheiden die drei als unrealistisch aus. Doch selbst wenn es den Konjunkturlenkern gelänge, den privaten Sektor in seinen Erwartungen ständig zu täuschen, würde eine solche Politik nach ihrer Ansicht mehr Schaden als Nutzen bringen: Unternehmer und Verbraucher würden zunehmend verunsichert. Sie würden daher Investitionen und Konsum einschränken.

In den USA löste die neue Theorie laut US-Wirtschaftsmagazin „Business Week“ so viel „Aufregung und Streit“ aus, „wie sie die Ökonomen-Zunft seit Jahren nicht mehr gesehen hat“. Denn fast alle Wirtschaftswissenschaftler erkennen zwar an, daß die Rationalisten durch ihren Hinweis auf die Auswirkung dieser Erwartungen einen wichtigen Beitrag zur Verfeinerung ökonomischer Modelle geleistet haben.

Aber Keynesianer und Friedman-Anhänger bestreiten, daß die Erwar-



Navajo-Stammesrat: „Wir werden verhandeln ...“

Öl im Reservat

In dem Navajo-Reservat im Südwesten der Vereinigten Staaten brach unerwartet Wohlstand aus: Das scheinbar wertlose Land, das die amerikanische Regierung den Indianern vor einem Jahrhundert zuwies, birgt riesige Vorräte an Öl, Erdgas, Uran und Kohle. Die milliardenschweren Energievorräte haben den jahrhundertlang diskriminierten Ureinwohnern des Kontinents zu neuem Selbstgefühl verhol-

fen: „Wir werden“, versprach Navajo-Stammeshauptmann Peter McDonald, „mit unserem Öl umgehen wie die Opec-Länder.“ Schon heute investieren die Indianer Millionen in neue Straßen, Bewässerungsanlagen, Verwaltungsgebäude und Schulen. Und der Stammesbruder Roger GreyEyes, den die Navajos auf ihre Kosten hatten studieren lassen, kümmert sich um das Gesundheitswesen des Reservats.



... wie die Opec-Länder: Navajo-Bewässerungsanlagen

tungen der Öffentlichkeit sich so rasch an veränderte Verhältnisse anpassen und dann so schnell auf Löhne und Preise durchschlagen, daß alle Konjunktur-Steuerungsversuche lediglich Schaden stiften.

So weist der Keynesianer Franco Modigliani darauf hin, daß auch bei rascher Anpassung der Inflationserwartungen an eine veränderte Geldmenge Preise und Löhne wegen zahlreicher vertraglicher Bindungen nicht wie bei einer Auktion sofort reagieren könnten.

Und Milton Friedman, der selbst kein Freund staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf ist, zweifelt daran, daß die Öffentlichkeit Konjunkturmanöver der Regierung tatsächlich immer früh genug durchschaut. „Man kann die Leute über eine recht lange Zeit für dumm verkaufen“, ist der Nobelpreisträger überzeugt.

RAUSCHGIFT

Don't Pass Me By

Ein strenges Gesetz macht dem Drogen-Paradies der Hippies in Nepal vielleicht ein Ende.

Das Geschäft in den verkommenen Kaschemmen floriert nicht mehr, die Trip-Gemeinde ist enttäuscht: „Freak Street“ in Nepals Hauptstadt Katmandu, eine der berühmtesten Hippie-Straßen der Welt, erlebt schlechte Zeiten.

Die Krise in diesem einst florierenden Rauschgift-Basar wurde durch ein strenges Rauschgiftverbot ausgelöst, das am 5. September 1976 per Gesetz erging. Es verbietet den Anbau von Hanf, aus dem Marihuana und Haschisch gewonnen werden, sowie Verkauf, Transport und Konsum dieser Drogen. Sie dürfen nur noch in be-



„Freak Street“ in Katmandu: Goldgrube in Gefahr

grenzten Mengen und für bestimmte Zwecke mit amtlicher Genehmigung angebaut, verbraucht und gehandelt werden.

Die Hippies, Drogensüchtigen und Ausgeflippten, die aus aller Welt in die sogenannte Freak Street strömen, haben es seither schwer, vor Ort noch einen Trip zu machen.

Unter der Flaute leiden auch die Rauschgift-Händler, die Besitzer von fast 100 Restaurants, Herbergen und Wirtshäusern sowie die Ladenbesitzer in der Freak Street. Sie verkaufen neben furchterregenden Masken, chinesischen und tibetischen Gemälden, Drucken und Kalligraphien, exotischen Lampenschirmen und Tand auch EBares.

Gleichmaßen ging der Umsatz jener Läden zurück, in denen Freaks Kleidung, Armbanduhren, Kameras und Ringe verpfänden oder verkaufen konnten, um sich Geld für die „geladenen“ Zigaretten zu beschaffen.

Seit den Tagen, da Nepal sich als Rauschgift-Paradies weltweiten Ruhm erwarb, war die Freak Street für das Himalaja-Königreich Nepal eine Goldgrube gewesen. Jährlich gaben dort Touristen, meist Hippies, fast vier Millionen Mark aus — ein Fünftel der jährlichen Touristik-Einnahmen.

Man futterte im „Old Hungry Eye Restaurant“ Hasch-Nudeln oder saugte im „Don't Pass Me By“ einen Hasch-Milchmix oder nagte am Hasch-Kotelett im „Cock Crows Restaurant“.

Schon im Juli 1973 traf Nepal erste Maßnahmen, um den Drogenkonsum einzudämmen. Damals wurde die Schließung aller Kneipen angeordnet, die öffentlich Stoff verkauften.

Ein durchgreifendes Gesetz jedoch wurde nicht erlassen. Und da harte Strafen nicht drohten, entfernten die Dealer lediglich die Schilder an ihren Läden, die auf den Drogenverkauf hingen, und verwandelten ihre kleinen Etablissements in Restaurants und Wirtshäuser. Das Geschäft ging weiter.

Das 1976er Gesetz aber hat den Handel und Wandel in der Freak Street voll getroffen. Im September betrugen die Einnahmen der Speiselokale und Gasthäuser, so der dort ansässige Surja Bahadur Thapa, noch 165 000 Mark; im November dürften sie auf 50 000 Mark zurückgehen.

Nach wie vor können die Hippies der Welt, die auf dem Flughafen von Katmandu eintreffen, ein Taxi oder eine Fahrradrickscha finden, die sie zur Freak Street bringen. Wenn der Fahrer den englischen Namen nicht versteht, braucht der Gast nur die rechte Hand zur Faust zu formen und sie, wie beim Inhalieren, zum Mund zu führen. Das bedeutet: Zur Freak Street, bitte.

Aber dort finden die Besucher ihre Genüsse nur noch schwer: Strenge Strafen schrecken die Händler ab. Selbst Hasch-Kaffee im „Del Nomaste Lodge“ ist kaum noch zu haben. ♦



Hippies in Katmandu: Verzicht auf Hasch-Kotelett